

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Kurzbiographien	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV

Rudolf Müller, Wien/Salzburg

Die Vertretung der Dienstgeber in den Organen der Selbstverwaltung der österreichischen Krankenversicherung der unselbständig Erwerbstätigen	1
I. Gegenstand der Untersuchung	1
II. Historischer Befund	3
A. Der Beginn der gesetzlichen Sozialversicherung 1887/1888	3
B. Die Reform der Jahre 1926/1927	6
C. Reform im Ständestaat 1935	9
D. Die Wiedererrichtung der österreichischen Sozialversicherung nach 1945	9
E. Vorläufiges Resümee	10
III. Verfassungsrechtliche Bewertung	12
A. Demokratische Legitimation und Wirkungsbereich	12
B. Das personale Element der sozialen Selbstverwaltung	14
C. Außenstehende als Mitglieder des Selbstverwaltungskörpers?	15
D. Die Beteiligung der Dienstgeber als Außenstehende	19
E. Zwischenergebnis	22
IV. Die Regierungsvorlage zum SV-OG (329 BlgNR 26. GP)	24
A. Die Parität der Versicherungsvertreter	24
B. Die Eignungsvoraussetzungen der Versicherungsvertreter	25

Peter Bußjäger/Christoph Schramek, Innsbruck

Die Zusammensetzung der Verwaltungskörper der neuen „Österreichischen Gesundheitskasse“ unter verfassungsrechtlichen Aspekten	29
I. Einleitung	29
II. Ausgangslage	30
III. Zum Begriff der Selbstverwaltung	32
A. Der verfassungsrechtliche Selbstverwaltungsbegriff	32
B. Folgerungen für die Zusammensetzung der Organe der Selbstverwaltung der Gebietskrankenkassen	33
IV. Anwendung auf die geplante Neugestaltung	35
V. Zusammenfassung	37

Konrad Lachmayer/Theo Öhlinger, Wien

Verfassungsrechtliche Fragen der Errichtung einer Österreichischen Gesundheitskasse	39
I. Das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz	39
A. Kernelemente der Organisationsreform	39
B. Verfassungsrechtliche Problemstellungen	41
II. Das verfassungsrechtliche Konzept der sozialen Selbstverwaltung	42

III. Die demokratische Legitimation der sozialen Selbstverwaltung	43
A. Allgemein	43
B. Organisationsrechtliche Ausgestaltung	44
C. Fragen der Zulässigkeit eines Entsprechungsmodells	46
D. Zusammenlegung der Organe im Rahmen einer ÖGK	46
E. Partizipationsverhältnis von Dienstgebern und Dienstnehmern	47
F. Quantitative Grenzen des verfassungsrechtlichen Konzepts der sozialen Selbstverwaltung	50
1. Quantitative Grenzen in Hinblick auf die Gesamtbevölkerung	50
2. Quantitative Grenzen in Hinblick auf die Repräsentation in dem Verwaltungsrat	52
G. Zulässigkeit der Parität von Dienstnehmern und Dienstgebern in Vertretungsorganen einer ÖGK	53
H. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Einrichtung von teilautonomen Landesstellen	54
IV. Unabhängigkeit der sozialen Selbstverwaltung	55
A. Mitwirkung von staatlichen Organen (Vertreter/innen der Bundesministerien) im Verwaltungsrat einer ÖGK als Vollmitglied	55
1. Mitgliedschaft von Vertreter/innen der Bundesministerien	55
2. Eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung durch den Selbstverwaltungskörper	57
B. Beratende oder entscheidende Tätigkeit der Vertreter/innen der Bundesministerien	57
C. Eigener Wirkungsbereich/Übertragener Wirkungsbereich	61
V. Zusammenfassung	61

Walter Berka, Salzburg

Zur Ausgestaltung der Autonomie in der österreichischen Krankenversicherung ... 65

Aspekte der regionalen Organisation

I. Die Reform der Organisation der Sozialversicherung und die Berücksichtigung regionaler Interessen	65
II. Die Organisation regionaler Interessen im Rahmen von Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung	68
A. Die verfassungsrechtlichen Organisationsgrundsätze	68
1. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage	68
2. Die Einrichtung als Selbstverwaltungskörper	69
3. Die Zusammenfassung von durch gemeinsame Interessen verbundenen Mitgliedern	72
4. Die Übertragung von Selbstverwaltungsaufgaben	73
5. Die autonome Wahrnehmung der Selbstverwaltungsaufgaben	74
B. Konsequenzen für die Organisation regionaler Interessen im Rahmen einer gegliederten Selbstverwaltungskörperschaft	77
C. Verfassungsrechtliche Bedingungen und Grenzen einer Organisationsreform im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung	78
1. Zur Auflösung bestehender Krankenversicherungsträger	78
2. Der rechtspolitische Hintergrund für eine „Teilautonomie“ der Landesstellen	80
3. Zur rechtlichen Ausprägung einer „Teilautonomie“ im Rahmen eines gegliederten Selbstverwaltungskörpers	81
4. Landesstellen als Träger weisungsfrei wahrzunehmender Entscheidungsbefugnisse?	84

5. Schlussfolgerungen für die Organisation einer gesamtösterreichischen Krankenkasse	85
III. Das Konzept des Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes	87
A. Die organisatorische Stellung der ÖGK und ihrer Landesstellen	87
B. Verfassungsrechtliche Bewertung im Lichte der Selbstverwaltungsgarantie nach Art 120 a ff B-VG	89
C. Zur Rechtsstellung der Landesstellen der ÖGK	89
D. Schlussfolgerungen	91

Harald Eberhard, Wien

Die Veränderung des rechtlichen Status von Betriebskrankenkassen durch das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz – SV-OG	93
I. Fragestellung	93
II. Der rechtliche Status der Betriebskrankenkassen	96
III. Verfassungsrechtliche Beurteilung	99
A. Vorbemerkung	99
B. Eingliederung der Betriebskrankenkassen in die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)	100
1. Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	100
2. Gleichheitssatz	101
C. Umwandlung von Betriebskrankenkassen in betriebliche Gesundheitseinrichtungen	103
IV. Zusammenfassung	105

Thomas Müller, Innsbruck

Zur Verfassungskonformität der Bestimmungen über den Dachverband der Sozialversicherungsträger	107
I. Einleitung	107
II. „Aufgabensplitting“: Übertragungsbefugnis und Übertragungszwang	109
A. Die zu untersuchenden Bestimmungen	109
1. Zuständigkeiten des Dachverbands	109
2. Befugnis zur Übertragung von Vorbereitungstätigkeiten und Verordnungsermächtigung der Bundesministerin	110
3. Übergang von Bediensteten und Abteilungen	110
4. Zusammenfassung	112
B. Zu den verfassungsrechtlichen Maßstäben	113
1. Überblick	113
2. Im Besonderen: Kriterien für das „Aufgabensplitting“	114
C. Zu den verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich des „Aufgabensplittings“	115
1. Zu den allgemeinen verfassungsrechtlichen Anforderungen an trägerübergreifende Aufgaben	115
2. Verfassungsrechtliche Bewertung des „Aufgabensplittings“	116
a) Demokratische Legitimation	116
b) Recht auf Selbstverwaltung	118
c) Sachlichkeitsgebot und Effizienzprinzip	119
D. Zusammenfassung	120
1. Übertragungszwang	120
2. Übertragungsbefugnis	121
III. Gesetzliche Zwangsübertragung von Personal und Abteilungen an die ÖGK	121
A. Überblick	121

B. Vorbereitungstätigkeiten für rechtsverbindliche Beschlüsse	122
1. Zur Verfassungswidrigkeit der Übertragung der Abteilung VPM an die ÖGK im Begutachtungsentwurf	122
2. Übertragungen von Vorbereitungstätigkeiten für rechtsverbindliche Beschlüsse	124
3. Übertragung von sonstigen Vorbereitungstätigkeiten	126
4. Im Besonderen: Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des § 718 Abs 12 UAbs 2 ASVG	126
IV. Verordnungsmächtigung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz	127
A. Analyse des Wortlauts	127
B. Verfassungsrechtliche Bewertung	128
V. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Rotationsprinzips gem § 441 a Abs 4 ASVG idF der RV	130
A. Überblick	130
B. Verfassungsrechtliche Beurteilung des Rotationsprinzips	131
VI. Ergebnis	131

Michael Potacs, Wien

Aufsichtsrecht und Verfassung	133
Zur Neugestaltung des Aufsichtsrechts im Sozialversicherungs-Organisationsgesetz	
I. Ausgangslage und Fragestellung	133
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	134
A. Allgemeines	134
B. Eigener Wirkungsbereich	135
C. Demokratische Legitimation	136
D. Aufsicht	137
III. Beurteilung des SV-OG	140
A. Wichtige Gründe	140
1. Allgemeines	140
2. Zielsteuerung	141
3. Nachhaltigkeit	142
4. Finanzielle Auswirkungen von zehn Millionen	143
5. Angelegenheiten des § 432 Abs 3 ASVG	144
6. Zusammenfassung	144
B. Einspruchsrecht gemäß § 448 Abs 4 ASVG	145
C. Vertagung von Tagesordnungspunkten	145
D. Genehmigung von Dienstpostenplänen	147
E. Mustergeschäftsordnungen	147
F. Büro des Versicherungsträgers	148
G. Überleitungsausschuss der Österreichischen Gesundheitskasse	150
H. Kommissarische(r) Leiter/in und leitende Angestellte der Österreichischen Gesundheitskasse	151
I. Aufteilungsschlüssel	153
J. Prüfungskommissionen	153
IV. Ergebnis	154

Walter Berka, Salzburg

Zur Reform der Beitragsverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung 157

Verfassungsrechtliche Bedingungen und Grenzen

- I. Die Beitragsverwaltung im Rahmen der österreichischen Sozialversicherung und ihre Reform 158
 - A. Die Beitragsverwaltung in der Sozialversicherung 158
 - B. Die Reform der Beitragsverwaltung 160
 - C. Zum Gang der Untersuchung 162
- II. Die Stellung der Sozialversicherungsträger im Verfassungsrecht 164
 - A. Gibt es eine Bestands- oder Einrichtungsgarantie für die gesetzliche Sozialversicherung? 164
 - B. Die verfassungsrechtliche Stellung der gesetzlichen Sozialversicherungsträger als Selbstverwaltungseinrichtungen 166
 - C. Zur finanziellen Autonomie der Sozialversicherungsträger 167
 - D. Gesichtspunkte des verfassungsrechtlichen Sachlichkeitsgebots 171
 - E. Gesichtspunkte des verfassungsrechtlichen Effizienzprinzips 172
- III. Zur systemprägenden Relevanz der Beitragsverwaltung 173
 - A. Vorbemerkungen 173
 - B. Die Beitragsverwaltung bei den Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung (Arbeiter- und Wirtschaftskammern) 174
 - C. Die systemprägende Relevanz der Beiträge bei den Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung 176
 - D. Die Bedeutung der Beitragsverwaltung für die Wahrnehmung der den Sozialversicherungsträgern übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben 178
 - E. Zur Reform der Beitragsverwaltung im Lichte des verfassungsrechtlichen Effizienzprinzips 182
- IV. Konsequenzen für die Beitragsprüfung 185
 - A. Die Zuordnung der Beitragsprüfung zur staatlichen Finanzverwaltung 185
 - B. Konsequenzen im Lichte der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie 187
 - C. Die Ausnahmen für bestimmte Sozialversicherungsanstalten im Lichte des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes 190
- V. Zusammenfassende Schlussfolgerungen 192

Walter J. Pfeil/Elias Felten, Salzburg /Linz

Arbeitsrechtliche Fragen des PLABG 195

- I. Problemstellung 195
- II. Wesentliche Änderungen 196
- III. Zentrale Fragen 199
- IV. Zu den einzelnen Problemfeldern 199
 - A. Verfassungsrechtliche Vorfragen 199
 - B. Welche Bediensteten wären erfasst? 201
 - C. Was genau bedeutet diese Zuweisung? 204
 - 1. An sich keine inhaltlichen Änderungen 204
 - 2. ... aber Änderung des Rahmens 205
 - D. Was bedeutet Fachaufsicht bzw Dienstaufsicht? 208
 - E. Beendigung der Zuweisung 210
 - F. Änderungen arbeitsrechtlicher Regelungen 211
 - 1. Betriebsvereinbarungen 211
 - 2. § 20 PLABG 214
 - G. Wechsel ins VB-Recht 216

V. Schlussfolgerungen	217
A. Zur Konstruktion insgesamt	217
B. Arbeitsrechtliche Bewertung	218
VI. Zusammenfassung	221